

OST- UND WESTDEUTSCHE FRAUEN: UNTERSCHIEDLICHE ERFAHRUNGEN, MIßVERSTÄNDNISSE UND GEMEINSAME ZUKUNFT

Die aktuelle Situation und Debatte um die "innere Einheit" bewegt sich 1999 offensichtlich im Spannungsfeld zwischen einem (ver)öffentlich(t)en Kommunikationsloch¹ und polemischer "Publizistik"², wobei letztere - 10 Jahre nach der deutsch-deutschen Grenzöffnung - durchaus nicht mehr durch Informationsdefizite oder etwa wissenschaftliches Erkenntnisinteresse erklärbar sind.

Dies erscheint aus mindestens zwei Perspektiven fatal und kontraproduktiv: zum einen im großen hinsichtlich der Kultur des Umgangs unterschiedlicher Gesellschaften miteinander angesichts eines vereinten Europas und zum anderen hinsichtlich der Bemühungen um die deutsche innere Einheit - innerhalb beider (auf unser weibliches Thema bezogen) hinsichtlich der Gestaltung der Zukunft der Hälfte der europäischen und der deutschen Bevölkerung hin zu Geschlechterdemokratie.

Im folgenden soll insofern - auf der Grundlage vorliegender sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse - thesenartig ein Beitrag geleistet werden zur Benennung von Mißverständnissen als Voraussetzung für gemeinsame Handlungsperspektiven.

1. MIßVERSTÄNDNIS: DIE DDR ALS UNRECHTSSTAAT UND TOTALITÄRE DIKTATUR GEGEN DIE MEHRHEIT IHRER BEVÖLKERUNG?

Diese verbreitete veröffentlichte These und Meinung kann für die vier Jahrzehnte DDR durch sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse so nicht belegt werden. Richtig ist vielmehr, daß sich Mehrheiten der verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen über bestimmte Zeiträume mit bestimmten Werten, Zielen und Institutionen des Staates identifiziert haben, dies mit Höhepunkt um 1973/75 und deutlich abnehmend ab 1985. Pauschalisierte Abwertungsurteile laufen Gefahr zu übersehen, daß die Ablehnung des diktatorischen Sozialismus keineswegs ausschließt, "daß sozialistische Ideen, insbesondere sozialistische Wertvorstellungen, verinnerlicht wurden. Dies trifft für einen Großteil der früheren DDR-Bevölkerung zu. ... Es ist widerspruchsfrei möglich, auf dem Wege einer Bilanzentscheidung ein System als Ganzes abzulehnen, gleichwohl aber bestimmte Regelungen oder Problemlösungen für bewahrenswert zu halten. Es ist ein Mißverständnis zu glauben, in autoritären oder totalitären Systemen herrschten grundsätzlich unerträgliche Lebensbedingungen." (Fritze 1995, S. 5)

Nach eigenen³ und anderen⁴ Sekundäranalysen von ZIJ-Untersuchungen von 1970 bis 1990 - insbesondere zu DDR-Identität und Sicht auf die Perspektive der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Welt sowie den zugrundeliegenden Motiven - komme ich zu dem Schluß, daß die oben umrissene Identifikation mit der DDR nicht etwa primär durch politische Indoktrination bestimmt, sondern primär durch Faktoren des Lebenszusammenhanges, durch erlebte Effekte der Sozial-, Bildungs- und Familienpolitik determiniert waren⁵, bezogen auf Frauen: insbesondere dadurch, daß sie staatliche Rahmenbedingungen vorfanden, die geeignet waren, ihren gewollten sogenannten doppelten Lebensentwurf zu leben.

Insofern komme ich weiter zu dem Schluß, daß - angesichts der pauschalisierten Bewertung der DDR in der öffentlichen Diskussion als Unrechtsstaat

- einerseits die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung (allerdings deutlich differenziert nach Generationen⁶ bzw. Kohorten⁷) individuelle Schwierigkeiten hat, mit ihrer DDR-Biographie umzugehen (sich quasi in eine Legitimierungs- oder Verteidigungsposition gedrängt sieht, statt produktiver Biographie-Arbeit von ihr biographische Geschichts-Klitterung erwartet und sie nachgerade zu retrospektiver Unehrlichkeit gedrängt wird) - insbes. die Frauen als "Rabenmütter",
- und andererseits die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung individuelle Schwierigkeiten hat, mit differenzierteren Urteilen Ostdeutscher über die DDR und über ihre eigene Biographie und die des Umfeldes umzugehen.

2. MISSVERSTÄNDNIS: TRANSFORMATION IN OSTDEUTSCHLAND - DURCHGÄNGIG EINE NACHHOLENDE MODERNISIERUNG?

Gemeinhin wird der Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern auf der Folie von Modernisierungstheorien diskutiert. Unbestritten ist, daß dies für große gesellschaftliche Bereiche (wie für Volkswirtschaft, politische Kultur) und auch für eine generelle Erweiterung individueller Optionen und Handlungsspielräume zutrifft.

Übersehen wird dabei allerdings häufig, daß dies für bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche oder bestimmte soziale Gruppen stark zu relativieren ist bzw. sogar modernere Strukturen oder Verhaltensmuster (wie postmaterialistische) existierten. Beispielsweise ist eine prinzipielle Rückständigkeitsannahme in der sozialen Lage und Persönlichkeitsentwicklung ostdeutscher Frauen nicht plausibel; mittlerweile wird sogar - weitgehend konsensual - von deren Gleichberechtigungsvorsprung⁸ gegenüber westlichen Industriegesellschaften ausgegangen.⁹ Übersehen wird z. T. auch, daß die Transformationsprozesse in Ostdeutschland sich durchaus nicht in gleicher Weise auf alle sozialen Gruppen (nach Alter, Bildungsstand, Stadt - Land, Beschäftigten in verschiedenen Volkswirtschaftszweigen oder Berufsgruppen usw.) auswirkten bzw. durch sie zu bewältigen waren - und schon gar nicht geschlechtsneutral¹⁰.

Dies führt heute aus verschiedener Perspektive zu vielerlei Irritationen:

- Zum einen sehen sich z. B. ostdeutsche junge Frauen - die in ihren Lebensentwürfen quasi in "sozialer Vererbung" an den positiv, moderner und gerechter erlebten Lebenszusammenhängen ihrer Mütter (insbesondere der Vereinbarung eigener Erwerbsarbeit mit Familie und Kindern) festhalten - mehrheitlich mit verengteren denn erweiterten Handlungsoptionen und insbesondere deren Realisierungschancen (ohne an den Rand der Gesellschaft zu geraten) konfrontiert (Erwerbstätigkeit, Kinderwunsch/Schwangerschaftsabbruch, Kindereinrichtungen, Scheidung). Zudem erklären einige Wirtschaftswissenschaftler und auch Politiker die verengte Arbeitsmarktsituation (Arbeitslosigkeit, Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse) nicht selten mit Schuldzuschreibungen an die nach wie vor hohe "Erwerbsneigung" ostdeutscher Frauen.
- Zum anderen ist die westdeutsche Frauenbewegung enttäuscht hinsichtlich ihrer Erwartungen bezüglich des (frauen-)politischen Engagements ostdeutscher Frauen. Dies hat wesentlich folgende Gründe:

3. MISSVERSTÄNDNIS: KULTURELLE OST-WEST-UNTERSCHIEDE IN DER WEIBLICHEN NORMALBIOGRAFIE UND IN DEN STAATLICHEN GLEICHSTELLUNGSSTRATEGIEN

Ich denke, die bekannten Unterschiede in der weiblichen Normalbiografie in Ost und West gehören zu den evidenten kulturellen Ost-West-Unterschieden. Typisch für den Lebenszusammenhang der Frauen aus der DDR waren: über die Lebensspanne kontinuierliche Vollerwerbsarbeit; dies in qualifizierten (erlernten, studierten) Berufen mit vergleichsweise breitem Berufsspektrum; synchrone Vereinbarung von Beruf und Familie; ökonomische Selbständigkeit (einschließlich steuer- und familienrechtlicher Flankierung), die relativ früh im Jugendalter erreicht wird; vergleichsweise frühe Eheschließung und Geburt des ersten Kindes (22./23. Lebensjahr) ohne Familienpause; tendenziell gleichberechtigte Partnerschaft und häusliche Arbeitsteilung (einschließlich hoher Akzeptanz weiblicher Erwerbsarbeit durch den Partner und außerhäuslicher Kinderbetreuung durch beide Geschlechter); "Selbstverständlichkeiten" im Arbeitsumfeld und gesellschaftlichen Klima für "Vereinbarung" und berufliches Fortkommen¹¹; relativ hohe weibliche Scheidungsneigung und deren Realisierbarkeit (mit familienrechtlicher Flankierung), ohne an den Rand der Gesellschaft zu geraten.

Die unterschiedlichen sozialen Erfahrungen der DDR- und BRD-Frauen haben bis heute zu Unterschieden im weiblichen Selbstverständnis geführt, der sich verkürzt wie folgt beschreiben läßt: Die westdeutschen Frauen verfügten - in der Folge eines gesellschaftlichen Diskurses und feministischer Bewegungen - über eine mentale Sensibilisierung und Wahrnehmung der Geschlechterverhältnisse und eigener struktureller Benachteiligung¹², über ein ausgeprägtes emanzipatorisches Bewußtsein¹³. Die DDR-Frauen hielten sich für gleichberechtigt - angesichts ihrer den Männern gleichen Allgemein-/Berufs-/akademischen Bildung, gelebter kontinuierlicher Erwerbsbiografie (einschließlich ihrer Vereinbarkeit mit Mutterschaft/Familie) und weitgehender ökonomischer Unabhängigkeit vom Mann, waren mehrheitlich sehr lange blind und stumm gegenüber struktureller Benachteiligung. Wenn sich dies so zum Zeitpunkt der deutsch-deutschen Vereinigung darstellt, darf nicht übersehen werden, daß darüber hinaus beide Sach-

verhalte historisch mindestens um eine Generation versetzt generiert wurden: Der doppelte Lebensentwurf der DDR-Mädchen und -Frauen gilt bereits für die Geburtsjahrgänge der 1. Hälfte der 40er Jahre, eine emanzipatorische Sozialisation und neue weibliche Lebensentwürfe in der BRD ab Ende der 60er¹⁴.

Bezüglich der Durchsetzung von Gleichstellungsfortschritten haben ost- und westdeutsche Frauen unterschiedliche Erfahrungen gemacht - wiewohl beide Staaten ein im Kern patriarchalisches Gleichberechtigungsverständnis hatten in dem Sinne, daß sie auf eine Angleichung / "Anhebung" weiblicher an / auf männliche Lebenszusammenhänge (ohne prinzipielle Infragestellung des traditionellen Geschlechterverhältnisses) abzielten: in der BRD aktiv basisdemokratisch - in der DDR paternalistisch von oben nach unten. DDR-Frauen waren im wesentlichen an der Generierung von Gleichberechtigungsbedingungen (Kindererleichterungen, Schwangerschaftsabbruchgesetz) nicht beteiligt: Sie waren mehr Objekte als Subjekte von so verstandener Gleichstellungspolitik.¹⁵

Bis heute belegen Untersuchungen - gerade im Feld der Gleichstellung der Geschlechter - im Osten eine höhere Verantwortungszuschreibung an den Staat.

4. MISSVERSTÄNDNIS: DER "KULTURSCHOCK" NACH DER DEUTSCHEN VEREINIGUNG VERSUS TRANSFORMATION AUF DEM RASTER VON INKORPORATION

Zunächst und teilweise bis heute wird nach der deutschen Vereinigung von einem "Kulturschock" gesprochen, womit im allgemeinen folgendes bezeichnet wird: "Der Kulturschock führt einerseits zu einer Relativierung beider Kulturen, andererseits aber auch zu einem nachhaltig prägenden Erlebnis (und vielleicht Ablehnung der fremden Kultur)."¹⁶ Dem ist - was die individuellen Anpassungsleistungen und Verlust Erfahrungen insbesondere der Frauen in Ost- und Westdeutschland betrifft - keinesfalls so. Angesichts des "Beitritts" und der Mehrheitsverhältnisse ergeben sich klar die vielfältigen Anpassungsleistungen von seiten der Ostdeutschen. Dies impliziert verbreitet Sieger-Verlierer- bzw. Über-/Unterlegenheitsmentalitäten und entsprechende Sensibilitäten zwischen West- und Ostdeutschen. Kritisch hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, daß es für viele ostdeutsche Anpassungsleistungen (Beispiel "Gebärstreik") zumindest verfrüht ist, von einem Wertewandel zu sprechen - eher von unfreiwilligen pragmatischen Reaktionen auf gegebene strukturelle Bedingungen.

Unbestritten handelt es sich beim Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern - durch den Beitritt der DDR zur BRD - um einen im Kern exogen gesteuerten Prozeß, um eine strukturelle Inkorporation, um eine (weitestgehende) Anpassung an vorgegebene westdeutsche Strukturen (politische, ökonomische, institutionelle, juristische). In diesem Kontext erleben Ostdeutsche darüber hinaus einen massiven Personalimport Westdeutscher in den oberen Positionen der Verwaltungen, Wirtschaft, Universitäten, Justiz, was den Eindruck der Fremdbestimmtheit erhöht. Zwischen den "neuen" Strukturen und den individuellen bisherigen Erfahrungen und (noch) vorhandenen Handlungsintentionen Ostdeutscher gab und gibt es (selbstverständlich) Inkompatibilitäten und Reibungsverluste, von denen einige im folgenden umrissen werden sollen:

- Handlungsbarrieren bis Ignoranz gegenüber neuen Strukturen

Beispiel: Angebote und Maßnahmen zur Wiedereingliederung der Frauen in das Erwerbsleben nach der Familienphase gehen weitgehend an den Bedürfnissen ostdeutscher Frauen vorbei, wenn sie mehrheitlich ihren "doppelten Lebensentwurf" ohne Familienphase beibehalten wollen.

Oder: Mehr oder weniger zu früher vergleichbare Institutionen (wie z. B. Jugendhilfe) greifen oft deshalb nicht, weil sie in der DDR andere Funktionen und Klientel hatten und/oder mit Marginalisierung (subjektives Versagen) oder/und mit verbindlichen Sanktionsmitteln (Entzug des Erziehungsrechts) ausgestattet waren.

- Nutzung neuer Strukturen unter spezifischem ostdeutschen Erfahrungshorizont mit teilweise fatalen Folgen

Beispiel: Subjektiv wird der dreijährige Erziehungsurlaub von ostdeutschen Frauen mehrheitlich konnotiert als "verlängertes Babyjahr", was er aber insofern nicht darstellt, als er - im Unterschied zur Rückkehr aus dem Babyjahr zu DDR-Zeiten - regulär einhergeht mit einer (qualitativen und quantitativen) beruflichen Abstiegsmobilität der Frauen. Sie beurteilen ihre beabsichtigte Rückkehr in das Erwerbssystem zu optimistisch. Dies widerspiegelt sich auch in den differenten Vorstellungen ost- und westdeutscher Frauen bezüglich längerer Berufspausen nach der Geburt eines Kindes: In einer gesamtdeutschen Untersuchung¹⁷

plädieren 49 % der westdeutschen Frauen, aber 87 % der ostdeutschen dafür, daß es für die Frau das beste wäre, sich auf die Inanspruchnahme des Mutterschafts- bzw. Erziehungsurlaubs zu beschränken, 47 % der westdeutschen, aber 13 % der ostdeutschen für eine lange Berufspause bzw. den Ausstieg aus dem Beruf. (Dieser Unterschied zeigt sich in vollem Ausmaß auch zwischen Ost- und Westmännern.) Von einem Schwenk zum 3-Phasen-Modell in den Zielvorstellungen kann also gegenwärtig bei ostdeutschen Frauen mehrheitlich (noch) nicht die Rede sein; vielmehr sind tatsächliche Tendenzen eher unfreiwillig und ihrer Verdrängung vom Arbeitsmarkt geschuldet.¹⁸

Oder: In Scheidungsverfahren waren ostdeutsche Frauen nach der deutschen Vereinigung mehrheitlich nicht bereit, einen Antrag auf Ehegattenunterhalt zu stellen und verzichten auch dann auf den Unterhaltsanspruch für sich selbst, wenn die Kinder noch klein sind.¹⁹ Damit ignorieren sie jedoch juristische, ordnungspolitische und Arbeitsmarkt-Gegebenheiten: Ihr Selbstverständnis und ihr Wille, für den eigenen Lebensunterhalt und den ihrer Kinder selbst zu sorgen, kollidieren mit dem verengten Arbeitsmarkt; ihr Verzicht auf nachehelichen Unterhalt beraubt sie - da "sittenwidrig" - des Rechts, nötigenfalls²⁰ auf das Sozialamt zurückzugreifen; die Chancen und Kosten für einen Kinderplatz beurteilen sie zu optimistisch. Insofern verkehrt sich das Ziel "unabhängig werden" während und nach der Scheidung in sein Gegenteil.

Beide Beispiele stehen gleichzeitig für eine übergreifende Problemlage: für verbreitete Defizite im individuellen Erfahrungshaushalt Ostdeutscher hinsichtlich der Wahrnehmung und Folgeabschätzung von Verantwortung und Entscheidungen, die früher vom paternalistischen Staat und seinen Institutionen getragen und wahrgenommen worden sind.

5. GEMEINSAME PROBLEMLAGEN UND PERSPEKTIVEN OST- UND WESTDEUTSCHER FRAUEN

Nicht nur angesichts des derzeit extrem verengten Arbeitsmarkts, sondern generell angesichts der Frauenpolitik in der Sackgasse bedarf es zwingend neuer Konzepte in der Gleichstellungspolitik:

- 1) Vonnöten (und möglich) ist insbesondere - in Abkehr von einer Frauen- als Sonder- und Anpassungspolitik - ein politischer Paradigmenwechsel im Sinne eines/r geschlechtssymmetrischen Gesellschaftsvertrags/Demokratisierung²¹, der u. a. einschließt:
 - a. eine Neudefinition von "Arbeit" (insbesondere eine Aufhebung von öffentlicher und sogenannter privater) einschließlich entsprechender Strategien eigenständiger Existenzsicherung, so daß nicht nur Frauen ihren doppelten Lebensentwurf besser realisieren, sondern auch Männer ihre Lebensentwürfe multipler gestalten können (und nicht an die Berufs- und Ernährerrolle gefesselt bleiben) - z. B. über eine für die Alterssicherung zeitlich definierte maximale Erwerbsbiografie, die dann für familiäre Leistungen von beiden Geschlechtern variabel strukturiert werden könnte;
 - b. die Neubestimmung von Normalitätsannahmen in unserer Gesellschaft, z. B. reale Zeitstrukturen (einschl. Abwesenheit der Vollerwerbstätigen von zu Hause), die Respektierung realer Lebens- und Familienformen, weibliche - nicht von der Institution Ehe abgeleitete - sozialversicherungsrechtliche Ansprüche/Sicherung, von ehe- hin zu kindbezogenen Sozialleistungen und Steuerregelungen, Recht auf Teilzeitarbeit mit flankierender sozialer Absicherung, ein Bekenntnis zum Stellenwert von Kindern in unserer Gesellschaft;
 - c. die Veränderung gesellschaftlicher Teilbereiche, wie der Berufswelt (insbesondere ihrer linearen Karrieremuster) und der relativ rigiden Ausbildungssysteme zugunsten diskontinuierlicher Berufsverläufe.²²
- 2) Solcher Paradigmenwechsel ist direkt verbunden mit der Beantwortung existentieller Fragen gesellschaftlicher Entwicklung wie insbesondere: Handlungskompetenz vs. -verlust von Politik; Beeinflußbarkeit gegenwärtiger Prozesse in der Gesellschaft und deren Tempo (was kann/darf/muß der Staat dazu tun?). Was den Reformstau hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse betrifft, so ist evident, daß die staatliche Politik - angesichts des einschlägigen öffentlichen Bewußtsein in den alten und mittlerweile auch in den neuen Bundesländern - in der Pflicht ist, deren Demokratisierung Rechnung zu tragen.²³
- 3) Last but not least wäre ein politischer Paradigmenwechsel in Richtung Geschlechterdemokratie ein wichtiger Beitrag auf dem Weg zur "inneren Einheit".

ANMERKUNGEN:

1. so die Ergebnisse einer gemeinsamen Untersuchung der Universität Leipzig und des Hamburger Hans-Bredow-Instituts (vgl. LVZ v. 23.2.1999)
2. so die publizistische "Initiative" des Hannoveraner Kriminologen Prof. Christian Pfeiffer um unbewiesene "Zusammenhänge" zwischen kindlicher DDR-Sozialisation und Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern
3. s. Schlegel 1993, S. 26ff.
4. vgl. Friedrich 1990 und 1995
5. Diese Befunde bestätigen offenbar folgende Argumentation von Fritze: "Die Identifikation der Bevölkerung mit einem sozialen System hängt davon ab, welche Bedürfnisse und in welchem Grade diese Bedürfnisse in der betreffenden Lebenswirklichkeit befriedigt werden können. Bestimmte Bedürfnisse werden in autoritären oder totalitären Systemen unter Umständen sogar besser befriedigt, als dies in pluralistischen Demokratien der Fall ist. Beispielsweise können solche Systeme - trotz ihres freiheitsbeschneidenden Charakters und trotz des Umstandes, daß sie immer auch durch Angst, zumindest aber durch Vorsicht stabilisiert sind - ein Gefühl emotionaler Geborgenheit vermitteln... Ein weiteres Bedürfnis, dem autoritäre oder totalitäre Systeme Rechnung tragen können, ist das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit." (1995, S. 5) Wir fanden beispielsweise hohe Zusammenhänge zwischen dem im Juli 1972 in Kraft getretenen Boom sozialpolitischer Maßnahmen vor allem für junge Erwachsene (Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft, Erhöhung der staatlichen Geburtenbeihilfe auf 1000 Mark, Verlängerung des bezahlten Wochenurlaubs von 14 auf 18 Wochen, zinsloser Ehekredit für Jugendliche bis 26 Jahre, Einführung der 40-Stunden-Woche für Mütter mit 3 und mehr Kindern, teilweise Erhöhung des jährlichen Mindesturlaubs) und dem folgenden deutlichen Ansteigen ihrer Verbundenheit mit der DDR.
6. zur generationstypischen politischen Sozialisation und ihren Folgen für die Fähigkeit bzw. Bereitschaft einer Umorientierung nach der "Wende" s. Lindner 1997
7. Empirische Untersuchungen legen nahe, daß sich beispielsweise für Jugendliche die Auswirkungen des gesellschaftlichen Umbruchs - im Ganzen gesehen - weniger dramatisch darstellen als allgemein angenommen und als für die älteren Generationen. (vgl. z. B. Golz u. a. 1994)
8. vgl. Geißler, Rainer (Hrsg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland. Opladen: Leske + Budrich, 1993
9. Ein prominentes Beispiel dafür scheint die Neuthematisierung des § 218 zu sein - quasi als Rückwirkung der deutsch-deutschen Vereinigung auf die alten Bundesländer.
10. ausführlicher dazu s. Schlegel 1997 b, S. 173ff
11. wie etwa: Abstimmung der Arbeitszeit auf Öffnungszeit der Kindereinrichtungen, alle Formen der Weiterbildung/Qualifizierung (neben/in Erwerbsarbeit, alleinerziehend), gesellschaftliche Akzeptanz der Frau als Mutter unabhängig von der Familienform (ledig, verheiratet, geschieden, Lebensgemeinschaft)
12. die in der BRD de jure länger und in stärkerem Maße als in der DDR gegeben war: Erinnert sei beispielhaft daran, wie lange in der BRD die Erwerbstätigkeit der Frau der ausdrücklichen Zustimmung des Ehemannes bedurfte.
13. wie es sich u. a. auch in der Alltagssprache äußert(e): bewußte Verwendung weiblicher Sprachformen (Professorin, Ministerin); als interessante (und kaum beachtete) Ausnahme von solch mangelndem Sprachbewußtsein in der DDR soll hier auf Porsch 1988 verwiesen werden.
14. vgl. dazu Bertram 1990
15. ausführlicher dazu s. Schlegel 1993 und 1997
16. Reinhold 1992, S. 346
17. Gleichberechtigung... 1992, S. 40
18. Wenigstens als Fußnote sei an dieser Stelle mit Blick auf Kontinuität und Wandel kultureller Pattern Ostdeutscher (bzw. vorschneller Interpretationen ihrer schon sichtbaren Angleichung an die Westdeutscher) angemerkt, daß gegenwärtig und auch in Zukunft entsprechende empirische Ergebnisse sensibel bewertet und als "Unterwegs"-Befunde relativiert werden sollten insofern, als zu unterscheiden ist zwischen einerseits (beibehaltenen) Werten und Lebenszielen und andererseits tatsächlichem aktuellem Verhalten, das - entgegen ersteren zur Existenzsicherung - eine erzwungene Anpassung an gegenwärtige gesellschaftliche Bedingungen sein kann, wofür beispielhaft der Kinderwunsch versus seine Nicht- bzw. in der Biographie spätere Realisierung stehen kann. (vgl. dazu die interessante Unterscheidung bei Fobe u. a. in Ideal- bzw. Wunschkonzepte und Realkonzepte; Fobe u. a. 1992 und 1995)
19. Rottleuthner-Lutter 1992, S. 15
20. Denn alleinerziehende Mütter in Ostdeutschland (abgesehen davon, daß ihr Anteil deutlich höher ist als in Westdeutschland; vgl. zu den kulturellen Unterschieden in den familialen Lebensformen "Aus Politik..." 53/1998) sind in hohem Maße gefährdet, in Sozialhilfeabhängigkeit zu geraten. (vgl. Großmann/Huth 1992)

21. der insofern weder an die Frauen-/Familien-/Sozialpolitik der DDR noch der BRD direkt anknüpfen kann
22. Dies würde auch ganz wesentlich die Entscheidung von Frauen (und Männern) für Kinder erleichtern und künftig bessere kindliche Entwicklungsbedingungen ermöglichen, wenn z. B. Bertram die These vertritt, "daß die Familienmodelle der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Industriegesellschaften und der staatssozialistischen Gesellschaften angesichts des ökonomischen Wandels einem Teil der Kinder nicht mehr jene ökonomische Sicherheit bieten können, die eine unerläßliche Voraussetzung für ihre gesunde und sozial erfolgreiche Entwicklung ist". (Bertram 1998, S. 27)
23. Diese Handlungspflicht durch den Staat ist selbstverständlich weder gleichzusetzen mit der oben unter 3. für die DDR umrissenen paternalistischen Frauenpolitik, noch schließt sie effektive basisdemokratische Initiativen - gemeinsam von ost- und westdeutschen Frauen - aus.

LITERATUR:

- Aus Politik und Zeitgeschichte / Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 93/1998 v. 25.12.1998 (mit Beiträgen von K. O. Hondrich, S. Hradil, W. Glatzer, H. Bertram)
- Bertram, Hans: Familie, Ökonomie und Fürsorge. In: Aus Politik ..., a. a. O., 1998, S. 27 - 37
- Bertram, Hans: Mütter und Kinder - Zur Individualisierung der Kinder- und Frauenrolle in der Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte / Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 40-41/1990, S. 30-39
- Fobe, K., u. a.: Der Wandel der Lebenswelt Jugendlicher aus der ehemaligen DDR vor, während und nach der "Wende" und der Einfluß auf die Lebensentwürfe. KSPW-Kurzstudie 5.14. Graue Reihe der KSPW Nr. 511. Halle: KSPW, 1992
- Fobe, K., u.a.: Der Wandel der Lebensentwürfe ostdeutscher Jugendlicher vor, während und nach der "Wende". In: Sydow/Schlegel/Helmke, a. a. O., 1995, S. 2 - 22
- Friedrich, Walter: Mentalitätswandlungen der Jugend der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte / Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 16-17/1990
- Friedrich Walter: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes? In: Ansichten zur Geschichte der DDR Bd. 5. Bonn/Berlin: M. Kirchner, 1995, S. 123 - 147
- Fritze, Lothar: Irritationen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß. In: Aus Politik und Zeitgeschichte / Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 27/1995 v. 30.6.1995, S. 3 - 9 Gleichberechtigung von Frauen und Männern - Wirklichkeit und Einstellungen in der Bevölkerung. Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) Mannheim. Hrsg.: Bundesminister für Frauen und Jugend. Stuttgart/Berlin: Kohlhammer, 1992
- Golz, Lutz; Heller, Peter; Fischer, Catrin; Nimmer, Helmut: Untersuchungen zum Sozialisationsprozeß Jugendlicher in der strukturschwachen Region Neubrandenburg unter den Bedingungen der gegenwärtigen Transformationsprozesse. KSPW-Projekt FS IV-92-28. Unveröff. Forschungsbericht 1994
- Großmann, Heidrun; Huth, Sabine: Sozialhilfeabhängigkeit Alleinerziehender in Ostberlin als Folge des gesellschaftlichen Umbruchs. KSPW-Kurzstudie 6.7. Graue Reihe der KSPW Nr. 610. Halle: KSPW, 1992 Lindner, Bernd: Sozialisation und politische Kultur junger Ostdeutscher vor und nach der Wende - ein generationsspezifisches Analysemodell. In: Schlegel/Förster, a. a. o., 1997 b, S. 23 - 37
- Porsch, Peter: Gleichberechtigung der Frau in der Sprache? Die Sicht eines Sprachwissenschaftlers. In: Informationen des Wissenschaftlichen Rates "Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft" 4/1988, S. 20-30
- Reinhold, Gerd (Hrsg.): Soziologie-Lexikon. München/Wien: R. Oldenbourg Verlag, 1992 Rottleuthner-Lutter, Margret, u. a.: Das neue Scheidungsrecht im Beitrittsgebiet - Wirkungen, Nebenwirkungen und Folgen. KSPW-Kurzstudie 5.42. Graue Reihe der KSPW Nr. 518. Halle: KSPW, 1992
- Schlegel, Uta: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993 (= Texte zur politischen Bildung Heft 5)
- Schlegel, Uta: Gleichberechtigung der Geschlechter in der DDR - Mythos und Realität. In: Keller, Dietmar/Mocek, Reinhard (Hrsg.): Alltag in der DDR. Eggersdorf: Verlag Matthias Kirchner, 1997 a, S. 201-236 (= ANsichten zur Geschichte der DDR Bd. 8)
- Schlegel, Uta: Weibliche Jugendliche in Ostdeutschland - makrosoziologische Perspektiven. In: Schlegel/Förster, a. a. O., 1997 b, S. 169 - 191

- Schlegel, Uta; Förster, Peter (Hrsg.): Ostdeutsche Jugendliche - vom DDR-Bürger zum Bundesbürger. Opladen: Leske + Budrich, 1997
- Sydow, Hubert; Schlegel, Uta; Helmke, Andreas (Hrsg.): Chancen und Risiken im Lebenslauf - Beiträge zum gesellschaftlichen Wandel in Ostdeutschland. Berlin: Akademie Verlag bzw. Opladen: Leske + Budrich, 1995 (= KSPW: Transformationsprozesse)

DIE AUTORIN:

Dr. Uta Schlegel ist Soziologin. Sie lebt in Leipzig. Von 1972-1990 war sie Abteilungsleiterin am Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig (Forschungsschwerpunkt: Geschlechtsunterschiede und Persönlichkeitsentwicklung weiblicher Jugendlicher). Von 1990-1992 folgte eine Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Jugendinstitut München / Außenstelle Leipzig. In dem Zeitraum von 1992-1996 arbeitete Uta Schlegel als wiss. Mitarbeiterin in der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) mit Forschungsschwerpunkt: Individuelle Bewältigung der ostdeutschen Transformationsprozesse, insbesondere bei Frauen und Jugendlichen.

Erschienen in:

VIA REGIA – Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 60/61 1999, herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>